

Veränderung. Schon heute werde ja differenziert, Beispielsweise die Fahrer ohne Nachsitzen auf der vierten Kolonne zugelassen. Auch nach der Erklärung des Staatssekretärs vom 2. Dezember erhebe sich ja angesichts, daß die Angestellten aus der allgemeinen Versicherung auscheiden, sie haben dann auch den Vorteil des Reichsurlaubes. Reinesfalls wollen wir, wie Herr Scholz es als Voraussetzung sich möglich denkt, eine Scheidung von Angestellten unter und über 2000 Mark. Und wir wollen überhaupt nicht an Fernbleiben der Angestellten aus der allgemeinen Versicherung. Ein wunder Punkt ist die freiwillige Versicherung, sie ist auch das schwerste Gemmis einer Reaktion der Versicherung. Mit der Abberufung, einer Kombination von allgemeiner Versicherung und Sonderklasse, könnte ich mich einverstanden erklären, aber nur unter der Bedingung, daß das kein Vorankommen sein soll, sondern ein Definitivum. Und ferner muß die Grenze von 2000 Mark wegfallen, so daß dann alle Angestellten versicherungspflichtig sind. Den Staatssekretär bitte er, die versprochenen Grundzüge möglichst bald zu veröffentlichen und zugleich Zahlen vorzulegen, die einen Vergleich ermöglichen zwischen den Konsequenzen der Vorschläge der Mehrheit und der Minderheit. Und endlich möge eine gemischte Kommission über diese Grundzüge berathen!

Hr. v. Bismarck (Sozialdem.) begrüßt es, daß die Notwendigkeit der Privatbeamtenversicherung endlich von allen Parteien einsehen werde. Einige ließen sich in dem Punkte, daß sie sich nicht annehmen müßten, durch seine Sonderklasse ergründet wird, sondern daß der Anschluß an die allgemeine Versicherung erfolge.

Damit schließt die Aussprache. Am Schlußwort begrüßt es Hr. Pauli-Potsdam (sonst.), daß alle Parteien darin einig sind, daß eine Forderung der Lage der Privatbeamten zurzeit der Erwerbsfähigkeit erfolgen müsse.

Der Antrag Nischolsen wird hierauf einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages Prinz Carolo: Die Regierung um möglichst baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfes behufs Regelung des

Automobilversicherung

zu erlauben, und zwar mit möglichst Berücksichtigung der in vorerörterter Session von der betr. Kommission in erster Sitzung gefaßten Beschlüsse.

Hr. Prinz Schmalz-Carolath (natlich.): Am vorigen Freitag habe ich die Resolution hier beantragt. Seitdem ist ein Jahr hin und gegangen und nicht das geringste geschehen. Der Staatssekretär hat sich zwar auf den Straßenverkehr eine gesetzliche Abklärung der Verkehrsregeln auf den Straßen notwendig macht, aber den Worten ist die Tat nicht gefolgt. Bisher ist die Reichsversammlung. Wir haben schon in vier Jahren eine im Reichsamt des Innern ausgearbeitete einheitliche Statistik gefordert, daß der Vorlegung eines Gesetzesentwurfes doch noch kaum noch etwas entgegengekommen. Inzwischen haben wir nun einen solchen Entwurf noch immer nicht erhalten. Vor bereits Jahresfrist hat auch der Deutsche Landwirtheverband eine Resolution beschlossen, in der die Wiedereröffnung eines Entwurfs, ähnlich dem früheren, erbeten wurde. Wir verlangen einen größeren Schutz, als bisher, für die Fußgänger und überhaupt für die Menschen, die nicht selbst ein Auto fahren können. Nicht ein Verkehrsamt für die Chauffeurs, eine bessere Ausbildung derselben. Von Sonderkassen wurde als Vorbereitung hingehalten, daß der Chauffeur, ehe ihm das selbständige Fahren erlaubt wurde, 10000 Kilometer unter seinem Lehrer anwesend haben müsse. Die Hauptfrage ist aber verminderte Haftpflicht. Auf die Haftpflichtversicherung lege ich in großen Worten nicht. Aber die Chauffeurs müssen sich ihrer Pflichten bewußt bleiben. Sie glauben immer geländereicher fahren zu müssen. (Gelächter.) Auch wenn sie ihre Schweißfüße mühen, werden sie immer noch rutschig fahren, als ihre Räder und Gekuppel. Daher beleuchtet dann die Unachtsamkeiten bei den Automobil-Wettfahrten. Neuerdings ist wieder eine solche verlangt, an die er Beschlüssen teilhaben müsse. Er bitte die Regierung, diese Frage nochmals zu erwägen. Sei es nicht richtiger, solche Wettfahrten nur auf eigens dazu einrichtungen Bahnen zu veranstalten? Wie könne es gestatten werden, öffentliche Straßen mit Schnellwagen-Gesamtschiffen zu befahren, während dies doch bei anderen Verkehrsmitteln nicht gebietet werde. Das sei eine Inaertheit. Und wenn die Normierung der Luft, ein Ausbruch, der Millionen für die Sache noch am ungenügend sei! (Gelächter.) Am Jahre 1907 seien 159 Menschen getötet worden, viel mehr, als im Jahre vorher. Die statistischen Verordnungen seien also auf die Automobilisten noch nicht erziehlich, wie nicht zu haben. Und wie viele entzogen sich der Feststellung durch die Statistik?

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Niedering: Die Regierung erkennt nach wie vor die Notwendigkeit eines gesetzlichen Einwirkens in der Frage des Automobilverkehrs an. Sie glaubte aber mit der Vorlage eines Gesetzesentwurfes warten zu müssen, bis erst die Erfahrungen der neuen Verkehrsordnung für das Automobilwesen vorliegen. Nach der Statistik sind vom 1. Oktober 1906 bis einschließlich 1907 4021 Unfälle vorgekommen. (Hört! Hört!) Davon entfielen die Hälfte auf Berlin. 93 Proz. fallen Verleutenwagen zur Last, der Rest Lastautomobile. Inzwischen ist eine Besserung gegen früher nicht zu verkennen. Bisher sind 2419 Verleuten, 145 sind getötet worden. (Hört! Hört!) Von den Verletzten waren 8 Proz. Führer der Automobile, 15 Proz. Insassen der Wagen und 60 Proz. Unbeteiligte. (Beif. Hört! Hört!) Die Grundzüge des Gesetzesentwurfes sind jetzt festgelegt. Die Entwurfsarbeiten sind der Statistikkommission übergeben und bringt endlich Staatsbestimmungen für Haftbesetzung der Verkehrsordnung. Auch wir haben das Interesse, die Sache zu beschleunigen. (Beifall.)

Hr. v. Maltzan (sonst.) legt die Notwendigkeit von Chauffeurkassen dar, in denen die moralische Qualität der Wagenführer geprüft werde. Der allgemeine Unwille richtete sich nicht gegen die Automobile an sich, sondern nur gegen die Auswüchse im Verkehr.

Hr. v. Dissen (Sp.) wendet sich gleichfalls gegen die Automobilkassen, denen das Handwerk gelegt werden müsse. Für die Prüfung der Chauffeurs wird die projektirte Taunusbahn genügen. Wegen der unangenehmen Geruchsentwicklung der Benzinautomobile wird sich vielleicht für die Stadt die Einführung von elektrischen Automobilen empfehlen. Gegen zu schnelles Fahren müsse schnell aber ohne Schläue vorgegangen werden.

Hr. Gröber (Ztr.) bringt gegen die Straßenrennen, durch die Leben und Gesundheit der Menschen gefährdet werden. Er hofft, daß das Gesetz im Automobiltempo kommen werde. (Beifall.)

Hr. v. Debesow (Soz.) erklärt, daß wohl von gewisser hoher Stelle auf die Gestaltung des Gesetzentwurfes Einflüsse ausgeübt worden seien. Die hohen Herren seien die Hauptmatadore des Automobilports. Sie sollten sich nicht in öffentliche Angelegenheiten mischen. Gerade gegen die Automobilfahrer der hohen Verhältnisse müsse energig Front gemacht werden.

Staatssekretär Dr. Nischolsen stellt formell fest, daß von

fermerlei hoher Stelle verfaßt worden ist, irgend welchen Einfluß auf die Gestaltung des Entwurfes zu gewinnen. (Beifall.)

Hr. v. Berner (Resp.) hofft, daß das Automobilgesetz bald kommen werde.

Hr. v. Mühlen (fr. Sp.): Wir wollen den Automobilverkehr nicht unterbinden, aber wir fordern eine Befestigung des großen Umfangs der Straßenrennen. Wichtig sind internationale Bestimmungen über das Ausweichen.

Hr. Dr. v. Bismarck (natlich.): Eine Verabminderung der Fahrgeschwindigkeit der fahrfähigen Automobile würde auf manche wunden Fahrer erziehlich und auf viele Kraftstreife beruhigend wirken. Der Redner empfiehlt, Verleutenkassen nur dort anzulegen, wo sie nicht fügen können, in der Eifel, in Ostpreußen, aber nicht im Taunus.

Der Antrag Prinz Schmalz-Carolath wird einstimmig angenommen.

Donnerstag 1 Uhr: Postzeit. Schluß 6¼ Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetensaal.

29. Sitzung vom 12. Februar.

Am Ministertische: 8 Ull.

Präsident v. Kröner eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Aussetzung.

Beim Titel „Ministerium“ fordert Hr. Dr. Wittich (Ztr.) mehr Bewegungsfreiheit für die Katholiken. Der katholische Klerus beschränke sich nur auf die Seelsorge. Daher werde sich das Vertrauen des Volkes immer mehr den Männern der Einfachheit und der strengen Sitten zu. Der Redner fordert mehr Freiheit für die charitativen Genossenschaften und Beibehaltung der geistlichen Schulaufsicht. (Beifall im Zentrum.)

Hr. Dr. v. Jagow (Vot.), der im einzelnen auf der Tribüne völlig unverständlich bleibt, bringt die bekannten politischen Klagen über den Unterrichtsbetrieb in den ostpreussischen Schulen vor und beklagt sich über mangelnde Wahrung der Parität zwischen Protestanten und Katholiken auf diesem Gebiet. Kultusminister Heine tritt gegenüber dem Redner ein, die Regierung habe den katholischen Bedenkenstellungen gegenüber stets das vom Parlament geforderte Wohlwollen bezeugt und werde es noch mehr bezeugen. Der Minister führt eine Reihe Zahlen zum Beweis seiner Darlegungen an und erklärt weiter, selbstverständlich sei es Pflicht der Regierung, bei Anträgen auf Genehmigung von Ordensunterstellungen in den von nationalen Kämpfen betroffenen Gebieten außerordentliche Vorsicht und Sorgfalt walten zu lassen. Der Vergleich der katholischen Orden mit dem protestantischen Diakoniewesen hinfällig seien weltliche, die Orden aber streng kirchliche Institute. Der Minister erkennt die gegenwärtige Tätigkeit der charitativen katholischen Orden an und legt ihre mögliche Förderung nochmals zu, betont aber, es sei darüber nicht außer Acht zu lassen, daß man gerade auf dem Gebiete der christlichen Caritas das gemeinsame der Konfessionen hervorheben müsse. Weiter verbreitet sich der Minister über die staatlichen Zuwendungen für Kirchenbauten in die Provinz: die katholische Kirche würde ebenso berücksichtigt wie die evangelische, nur sei es schwieriger, Garantien für einen deutschen Gottesdienst in katholischen Kirchen, für die Staatsunterstützung erbeten werden zu erhalten. Und ohne solche Garantien könne man Beihilfen nicht gut bewilligen. Auf die Sprachenfrage eingegangen verlagert hier der Minister mit Rücksicht auf die alljährliche Behandlung dieser Frage beim Kultusrat. (Beifall.)

Hr. Dr. Friedberg (nl.) bringt die bekannte Veräußerung der Rheiniger Regierung gegen die Gesellschaft für

Vorbereitung von Volksschulen zur Sprache und beklagt sich über das hinterhältige Vorgehen der Verwaltung. Die Gesellschaft habe bereits Außerordentliches geleistet und ihre Ziele seien die besten. Der Redner führt das unter mehrfachen Widerspruch der Rechten näher aus und betont, die Indepolitik gegenüber der Gesellschaft werde ebenso verurteilt wie jede andere Indepolitik. Wer sei es denn, der der sozialdemokratischen Volksschulungsliteratur entgegenwirke, wenn nicht die Gesellschaft zur Verbreitung von Volksschulung? Wenn sie nicht gute naturwissenschaftliche Schriften verbreitete, würde die Menge von der Sozialdemokratie approbieren, mit politischen Ideen verquirlen Aufklärungschriften greifen. (Sehr richtig! links.) Wüßte der Minister das? Es ist mehr als bedauerlich, daß der Minister in der Budgetkommission erklärt hat, er müsse sich überlegen, ob er der Gesellschaft dieselbe Förderung zuteil werden lassen solle wie sein Vorgänger. Zu einer Verringerung der Regierungsausgaben liegt nicht der Schatten eines Grundes vor. Hoffentlich revidiert Herr Heine seine fonderbare Ansicht. (Beifall links.) Mit der Einführung der sachmännlichen Kreisfachaufsicht darf nicht bis zum Eintritt der Dezentralisation der Schulverwaltung gemartet werden, und die Dezentralisation darf keine furchtbaren Kreisfachaufsichtsinstanzen schaffen. Auch in der Ortsfachaufsicht darf es nicht, wie der Minister meint, Prinzip werden, daß der Ortsfachaufsicht ein Gelehrter sein müsse — das widerspricht schon dem Gesetz von 1872 und hat auch sonst gar keine Berechtigung. Der Redner wendet sich dann gegen die

konfessionelle Zusammenlegung der Schulvorstände,

die dem wahren Fortschritt der Regierung beim Schulunterhaltungsgezet abgehandelten Kompromiß widerspreche. Die Regierung wolle bei den Kompromißverhandlungen erklärt haben, sie werde mangels anderer geeigneter Personen sich in der Regel genötigt sehen, Gelehrte zu Ortsfachaufsichtoren zu ernennen. Hätte sie eine solche Erklärung wirklich abgegeben, so wäre das Kompromiß für die Sache der Volksschulen ein einfach unannehmbar gewesen. Wir haben heutzutage vertrauensvoll an dem Kompromiß über ein Gesetz, das wir in keiner ursprünglichen Fassung unbedingt ablehnen müßten, mitgearbeitet. Unser Vertrauen ist gräßlich getäuscht worden durch die Art der Ausführung des Gesetzes, die das Kompromiß völlig ignoriert. Der Redner fordert die stärkere Förderung des Seminar- und Präparandenwesens, für das unter Stadt mehr gesehen sei, was bekämpft die grundverfälschte Erhaltung der Zergewisseln, die nur wertvolle Lehrtätigkeit unnützlich absorbierten, während anderweitige Ueberfüllung der Schulklassen und Ueberlastung der Lehrer bestände. Der Redner schließt mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß die Nationalliberalen angeht des im Kultusministerium jetzt herrschenden Geistes nicht mehr freudig mit diesem Ministerium arbeiten könnten! Möge der Minister einen Standpunkt finden, der ihm erlaubt, sich nicht auf diese oder jene Partei zu legen, sondern auf das nationale Interesse. (Sehr richtig! links der Nationalliberalen und Freil.)

Hr. v. Heydenbrand (sonst.) erklärt unter mehrfachen lebhaftem Widerspruch der Linken und ebenso lebhaftem Beifall der Rechten, der Hr. Friedberg wolle offenbar nicht nur den Minister hützen, sondern das

ganze Kultusministerium in nationalliberalen Sinne umgipfen.

Da seien aber die Konfessionen auch noch da. Der Redner geht dann auf die einzelnen Beschwerden des Hr. Friedberg ein. Er habe die Gesellschaft für Verbreitung von Volksschulung ekannt und zwar recht genehmigt; aber die Verbreitung einer Aufklärungs-literatur, die das patriotische und das religiöse christliche Interesse verlei, sei schädlich und dürfe nicht gefördert werden. Deshalb sei die Haltung des Ministers der Gesellschaft gegenüber durchaus gerechtfertigt, und die Rheiniger Regierung sei nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet gewesen, so vorzugehen, wie sie es getan; bedauerlich sei nur, daß der Regierungspräsident aus unverständlichen Gründen dieses Vorgehen wieder annulliert habe. (Beifall rechts.) Der Redner geht dann auf die Schulaufsicht und die Zusammenlegung der Schulvorstände ein. Ob diese im Interesse der Schule und der Volksschule sei, daß der Vorsteher der Schule und der Volksschule die geistliche Schulaufsicht angeht, so erkannte die Konfessionen an, daß bei dem wachsenden Umfange des Unterrichtsbetriebes und des gesamten Schulwesens überhaupt die Entwicklung der Hauptaufgaben der Schulaufsicht hindere, und daß diese allmählich die Regel werden werde. Doch brauchte man diese Entwicklung nicht künstlich zu beschleunigen. Der Redner wendet sich dann gegen die in den Lehrertreuen und namentlich in den Kreisen der Linken immer wieder bei der Erörterung von Schulfragen auftretende Abneigung gegen die Kirche. Sobald das Wort „Kirche“ fällt, wittern die Herren von der Linken immer gleich eine Gefahr für den Staat und die Schule. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.) Die Stellung des Ministers zur Lokalinspektion sei nicht klar. Will er die Lokalinspektion nicht erhalten? Und welche Stellung will der Lokalinspektor einnehmen? Die Lokalinspektion durch den Geistlichen bei dem letzten Band, welches die religiösen und christlichen Interessen mit dem Volksschulunterricht organisch verbindet. (Beifall Zustimmung rechts.) Die Veranlassung der Rechten leben in der mehr eine Erziehungsanstalt. (Sehr Zustimmung rechts.) Das ist keine Prinzipienfrage. Die religiös-ethische Grundlage muß unseren Volk erhalten bleiben. (Erneute Zustimmung rechts.) Der Redner schloß unter förmlicher Zustimmung seiner Parteifreunde: Man der Minister auf unsere Unterstüßung rechnen will, muß er hier unsere Anschauungen Rechnung tragen.

Minister Heine: Ich kann mich nicht über alles äußern, da meine Amtszeit noch zu neu ist. Wegen des Rheiniger Falles habe ich mich mit dem Verein zur Verbreitung von Volksschulbildung in Verbindung gesetzt. Der Verein wird die ungeeigneten Führer ausmerzen. Bei der Kritik des Vorgehens der Rheiniger Regierung ist zu beachten, daß es sich um Volksbibliotheken handelt. (Beifall rechts.) Wegen der

Dezentralisation des Volksschulwesens

sind bestimmte Pläne noch nicht gefaßt. Der Minister führt weiter aus, er hänge mit allen Faktoren seines Bezirkes an der Volksschule und wolle ihr helfen. Die Entscheidung der Dinge habe die geistliche Schulaufsicht überholt; nicht nur die Lehrer, auch die einschlägigen Geistlichen haben ein, daß angesichts des Wachstums der Aufgaben der Schule und des geistlichen Amtes die Verbindung beider Ämter schädlich sei. Drei Fünftel der Kreisfachaufsicht in Preußen seien infolge dessen schon hauptsächlich. Was die Ortsfachaufsicht angeht, so fehle es an vielen Orten an einem zum Ortsfachaufsicht geeigneten Schulmann. In solchen Fällen auf die Ortsfachaufsicht ganz zu verzichten und die Aufsicht direkt dem Kreisfachaufsicht zu unterstellen, empfehle sich nicht. Dem Ortsfachaufsicht sollten übrigens keine Disziplinarbefugnisse gegenüber dem Lehrer eingeräumt werden. Jedoch werde er die ganze Frage noch eingehend prüfen. (Nach der Rede des Ministers verlassen die Abgeordneten, die sich nicht um ihn gefaßt hatten, mit wenigen Ausnahmen den Saal.)

Hr. v. Schöpp (fr. Sp.): Ich kann dem, was der Hr. Friedberg über die Zusammenlegung der Schulvorstände gesagt hat, nur zustimmen. Wir haben die Aufstellung immer bekämpft, daß der Geistliche der „König“ der Rechten haben soll. In dem Grade, in dem die Regierung dabei immer in besonderer die Heimlichkeit und Hinterhältigkeit. Es ist uns nun unangenehm, daß wieder von Strauß, Nischolsen um für Volksschulungswesen nicht geeignet sein sollen. Wir befolgen den Grundsatz: Bildung macht frei. (Beifall links.)

Hr. v. Rehtig (freil.) will den Minister nicht zu programmatischen Erklärungen drängen, da hierfür die Zeit noch nicht gekommen sei. Eine Warnung des Ministeriums sei sehr bedauerlich. Die Sache mit der Gesellschaft für Volksschulbildung sei durch die Verhandlung zwischen dem Minister und dem Gelehrtenvereine glücklicherweise erledigt; wozu also noch lange über den Fall debattieren? Das sei unnütze Prinzipienerei. Der Redner drückt seine Befriedigung über die Befreiung der äußeren Rechten zu der Ueberzeugung von der Zweckmäßigkeit der hauptsächlichlichen Kreisfachaufsicht aus. Der Minister sollte sich in der amtlichen Kreisfachaufsicht durch die Angriffe des Hr. Friedberg Frage der Schulaufsicht durch die Angriffe des Hr. Friedberg nicht schwanken machen lassen, wie sich das aus seiner heutigen Rede zu ergeben scheint, sondern er solle an dem von dem ganzen Saale mit Ausnahme des Zentrums im Jahre 1906 behaupteten Standpunkt in dieser Frage festhalten. Der Widerspruch der Rechten die geistliche Schulaufsicht sei nicht, wie der Hr. v. Heydenbrand meint, von Abneigung gegen die Kirche, sondern von einem durchaus berechtigten Standesbewußtsein diktiert. (Sehr richtig! links.) Zur sachmännlichen Schulaufsicht werde man ganz von selbst und immerzu gelangen, die geistliche Schulaufsicht werde wie ein dritter Akt vom Baume des Schulwesens abfallen. Durch gemessenes Hindrängen auf die Befreiung der geistlichen Schulaufsicht werde man nur unnötigen Widerstand erwecken. Was die Zusammenlegung der Schulvorstände angeht, so ist anzuerkennen, daß die Regierung loyal verfahren ist. Indes sei der Ministerialerlass, über den sich Hr. Friedberg beklagte, vermisse seines ungeschickten Wortlautes in bezug auf den Eindruck zu vermeiden, als wolle sich die Regierung ein Hinterthüren offen lassen. Man müsse dafür sorgen, daß die Volksschullehrer in die Lage kommen, freudig ihren Beruf zu erfüllen, damit das Wort wahr bleibe:

Deutschland in der Welt, in Deutschland Preußen voran! (Beifall! Beifall.)

Ministerialdirektor Schmuckhoff befreit dem Hr. Dr. Friedberg gegenüber, daß zwischen dem Volksschulunterhaltungsgezet und den Ausführungsbestimmungen ein Widerspruch vorliege. Bei der Beratung des Gesetzes habe er namens der Regierung ausdrücklich erklärt, die Unterrichtsverwaltung werde in der Regel den Lokalinspektoren mit dem Vorschlag in den Schulkommissionen betrauen. Dem sei nicht widerprochen worden. Wenn nun also in den Ausführungsbestimmungen gefaßt sei, daß der geistlichen Entwicklung in der Verwaltung der Volksschulen



werde es entsprechen, meist den Ortskapitälern mit dem Vorbehalt zu betrauen, so sei damit bewiesen, daß das Gesetz tatsächlich so ausgeführt werde, wie es beschaffen ist. (Beifall rechts.)

Abg. Ernst (fr. Bgg.) fragt über die Vernehmung der Stellen der Kreisgesundheitsämter im Hauptamt. Auch er wünsche ein gutes Verhältnis zwischen Geistlichen und Beamten. Das werde um so besser sein, je weniger der Geistliche den Vorgesetzten beaufschleiche. Der Geistliche zur Verbreitung von Volksbildung gehören auch viele Geistliche an; wie kann man ihr da religiöse Lehren und Tugenden nachtragen. Möge der Minister den Fortschritten der Kultur gerecht werden. (Beifall links.)

Abg. v. Dittfurth (kon.) spricht sich lobend über die Tätigkeit der Kreisgesundheitsämter im Nebenamt aus und wünscht, daß die Schulgesundheitsämter die ländlichen Gemeinden sammeln müssen, bei der Zentralgesundheitsämter angelegt werden.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 11 Uhr: Dampfmaschinenbauverein Galtzky-Trebbitz; dann Kautschuk. Schluß 4 Uhr.

Ausland.

Die Nordseeerhandlungen.

Der Berliner Korrespondent der „Westminster Gazette“ meldet, daß die Verhandlungen über den status quo in der Nordsee betreffende Fortschritte machen. Der Korrespondent sieht eine Entente von großem politischem Werte voraus. Da Island und Dänemark darüber beunruhigt sind, daß sie kein Anrecht auf die Nordsee haben und auch in einem Kriege zwischen einzelnen Großmächten unbeeinträchtigt bleiben werden. Alle Staaten die Ansprüche in der Nordsee zu haben glauben, selbst Belgien und Norwegen, die bereits neutral sind, seien für die Verhandlungen willkommen, und vollends das, was gegenüber Frankreich der Fall gewesen, als es sein politisches Interesse daran zum Ausdruck brachte. Der offenbar inspirierte Korrespondent sieht die Möglichkeit eines Einbittens namentlich in den Flottenbauten voraus, da, wie er bemerkt, wenn es keine Konfinde nicht gibt, auch keine Rüstungen mehr erforderlich sind. Inwiefern nicht, wie er vorstuflich hinauftritt, in größter Maßgabe. Die Frage ist nur: Wer stoppt zuerst?

Dem Andenken des Heiligen Christoforus.

Aus Anlaß der 15. Jahrhundertfeier des Todesjahres des Heiligen Christoforus von Konstantinopel zelebrierte gestern morgen in Anwesenheit des Papstes Patriarch Cyril VIII. im roten Saale der Griechischen Kirche des Vatikan ein feierliches Hochamt nach orthodoxem Ritus. Nach dem Hochamt hielt der Papst eine kurze Ansprache, ertheilte den Anwesenden den Segen und ließ die Kirchmusik zum Schluß zu.

Der Besuch des Fürsten von Monaco in Rom.

Es war behauptet worden, der Fürst von Monaco werde angereicht des vatikanischen Eintrusses auf den geplanten Besuch von Rom. Das ist, wie der „Westminster Gazette“ gemeldet wird, unrichtig. Nur eine Erkrankung des Fürsten verhinderte bisher die Romreise, die er nun im März ausführen wird.

Francia.

Der portugiesische Exdiktator Franco ist, wie gemeldet, in Genoa angekommen und im Hotel Sanoja abgehiegt. Einem Korrespondenten des „Corriere della Sera“ gegenüber bezeichnet er alle von den Zeitungen veröffentlichten Mitteilungen über sich als erfundene und weist die eigentliche Meinung über die gegenwärtigen Verhältnisse Portugals auszusprechen. Seine Frau und sein Sohn werden in Genoa bleiben, während er selbst wahrscheinlich weiterreisen werde. Man nimmt an, daß er die Abfertigung in Genoa an Bord eines überseeischen Dampfers abzureisen. Der Exdiktator ist stark gealtert, er sieht bleich und entsetzt aus. Seine Frau und sein Sohn, die ihn begleiten, klagen bitterlich über die Unabänderlichkeit und Feigheit der Freunde Franco. Es zweifeln nicht, daß die Geschichte seiner Arbeit Gerechtigkeit widerfahren lassen wird.

Unruhen armenischer Revolutionäre.

Derselbe aus Man melden, daß in der dortigen Kirche eine große Anzahl Riften mit Gewehren, Patronen und Dynamit entdeckt wurde. Als Soldaten diese Riften fortgeschaffen, wurden sie von armenischen Revolutionären angegriffen. Es entstand ein heftiger Kampf, bei dem im armenischen Quartier großer Schaden angerichtet und eine große Anzahl Menschen ungetötet sein soll.

Zur Lage in Marokko.

Nach einem Telegramm des Generals v. Amade haben die beiden Kolonnen, die die Kasbah der Duld-Seid besetzt halten, die Umgegend erkundet. Sie fanden die Feste besetzt, aber teilweise von den Besatzern verlassen. Die sich in südwestlicher Richtung zurückgezogen haben. Der Widerstand der auf der Flucht befindlichen Stämme und der zurückgeworfenen Seereschiffe ist, da der Feind außer beträchtlichen Verlusten auch den Tod zahlreicher Kavaliers zu beklagen hat, vollständig gebrochen. Die französischen Truppen konnten gegenwärtig im ganzen Gebiet der Sahara ungehindert Streifzüge unternehmen.

Mustapha Kamel Paschas Beilehung.

In Kairo fand am Dienstag die Beilehung Mustapha Kamel Paschas statt. 50 000 Personen nahmen daran teil. Als Nachfolger des Verstorbenen in der Führerschaft der nationalistischen Parteien wird sein Bruder genannt.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 13. Februar.

Jahresversammlung des Evangelisch-lutherischen Hilfsvereins für die Provinz Sachsen und der ihm angeschlossenen „Frauenhilfe“.

Zu der vorerzählten Jahresversammlung des Evangelisch-lutherischen Hilfsvereins und der „Frauenhilfe“ in Magdeburg hatten sich nachdem die getrennten Versammlungen beider Vereine vorangegangen waren, eine stattliche Anzahl von Mitgliedern und Freunden, Herren und Damen, aus allen Teilen der Provinz eingetroffen. Wir bemerken unter den Anwesenden den neuen Vizepräsidenten Erz. Högel, Reg.-Präsident v. Borries, General-Superintendent D. Bierwege, General-Superintendent Jacobi, Polizeipräsident v. Lambrosky, Generalleutnant Erz. v. Ammon-Berlin, Sekretär Gies-Halle u. a. Nach Gelände und General-

Superint. D. Bierwege erläuterte der Vorsitzende Graf Hohenhausen den Jahresbericht über beide Vereine. Der Hilfsverein hat mit Hilfe ansehnlicher Gaben den Bau verschiedener Gotteshäuser veranlaßt; in Halle sind Kapell-Modelle, eine demnächstige Kirchweih steht im Hinblick, in Schöneberg, deren Stammschiffen in Berlin, Magdeburg und Halle, dessen geistliche Vorherer die bestenfalls Verarbeiter für den Hilfsverein sind. Wünschenswert bleibt ein Berufsarbeiter als Schriftführer. Als neue Aufgabe ist die Ausbildung von Gemeindeführern und Helferinnen notwendig. In der „Frauenhilfe“ hat Beobachtungsergebnisse der bisherige Schriftführer Konfistorialrat Siegmund-Schulze-Magdeburg sein Amt niedergelegt, dessen verdienstvoller Tätigkeit es gelungen ist, die Anzahl der Zweigvereine von 15 i. J. 1902 auf 132 i. J. 1908 zu bringen. Auf Vorschlag des Vorstandes wird Frau Reg.-Präsident v. Borries zur Vorsitzenden der „Frauenhilfe“ gewählt; zum Schatzmeister Geh. Kommerzienrat Judschewitz-Magdeburg. Der Ausbau der Bezirksorganisation für die einzelnen Regierungsbezirke ist in erfreulicher Vertiefung begriffen. Bezirksleiter für Magdeburg: Reg.-Präsident v. D. von Arnstedt, Schriftführer Sup. Cremer-Iden; für Merseburg: P. Döllus-Merseburg und P. Hohing-Halle; für Erfurt: Reg.-Präsident v. Bülter-Erfurt und P. Geb. Hainboe (Hainboe). An der lebhaften Besprechung des Jahresberichts beteiligten sich der Oberpräsident Erz. Högel, der sein warmes Interesse für die Arbeit der Innern Mission betonte, Generalleutnant Erz. v. Ammon-Kat Siegmund-Schulze, Med. Rat Dr. Sartmann und Gen.-Sup. D. Bierwege. Bei Behandlung der Frage: Welche Jungfrauenvereine eignen sich zur Angliederung an die Frauenhilfe? bemerkte der Referent L. v. Selg, Schriftführer des Hilfsvereins, daß die „Frauenhilfe“ der bestehenden Organisation der Jungfrauenvereine einzelner Konfessionen nachgeben will. Jungfrauenvereine können nur an die „Frauenhilfe“ angeschlossen werden: 1. wenn sonst am Orte keine Möglichkeit gegeben ist, die Gedanken der „Frauenhilfe“ zur Geltung zu bringen und wenn 2. die Jungfrauenvereine tätig im Gemeindefeld sind: Kranken- und Gemeindefeld, Missionsarbeit usw.

In lebendiger, vom Innigen Humor durchzogenen Rede erteilte darauf Gräfin Margarete Behm-Verlin, Vorsitzende des Gewerkevereins Teufcher Heimarbeiterinnen, die „Fürsorge der Frauenhilfe für Heimarbeiterinnen“. Ein kurzer geschichtlicher Überblick zeigt, daß der 1900 gegründete Gewerkeverein heute rund 5500 Mitglieder zählt. Sein Bestehen ermöglicht unternommenen Schwestern, ihr ehrliches Brot zu verdienen und schützt sie vor den bisherigen Hungerlöhnen. Die immer bessere Regelung der Heimarbeit ist eine öffentliche und zugleich nationale Hauptaufgabe. Was der Gewerkeverein nicht ermöglichen kann, muß die „Frauenhilfe“ ins Werk setzen. Beschäftigung von Erholungsstätten, Vermittlung regelmäßiger Beschäftigung mit bestimmten Mindestlöhnen, beschließliche Anträge mit Umgebung der Zwischenheime, Unterbringung besetzter Heimarbeiterinnen in Altersheimen, Uebernahme von Arbeitsgelegenheit durch geeignete Hilfskräfte, Persönlichkeiten und Zuführung von Geldmitteln (Anstellung von Berufsarbeiterinnen). Langenhaltender Beifall lohnte die trefflichen, aus begeistertem Herzen kommenden Ausführungen der Vortragenden. Erzengel v. Ammon gab zu dem Vortrage allerlei Ergänzungen aus der praktischen Arbeit. Wegen vorgerückter Zeit wird der letzte Punkt, Ausbildung von Gemeindeführern, von der Tagesordnung abgesetzt. Zum Schluß legte der Vorsitzende nachstehende Beschlüsse des Vorstandes vor, die einstimmig Annahme fanden: 1. Die Jahresversammlung vom bisherigen Schriftführer, Konfistorialrat Siegmund-Schulze-Magdeburg dankbare Anerkennung für seine treue und erfolgreiche Vereinsarbeit aus und bittet ihm die Ehrenmitgliedschaft anzuerkennen; 2. der Vorstand wird ersucht, die Ausbildung von Brüdern oder anderen geeigneten Persönlichkeiten durch die Stabmissionen von Magdeburg und Halle behufs ihrer Verwendung als Gemeindeführer zu ermöglichen; 3. die genannten Stabmissionen zu bitten, Personalitäten Behältnisse der letzten Generalsynode baldigst einzurichten, und 4. die Zweigvereine der „Frauenhilfe“ sollen erneut gebeten werden, a) geeignete Personen zu ermitteln, die sich zu einem höchstens dreimonatigen Auswahlskursus in Diakonissenhäusern bereit erklären, und b) sich über die wirtschaftlichen, sozialen, sittlichen und religiösen Verhältnisse ihrer örtlichen Heimarbeiterinnen, wo letztere in größerer Anzahl vorhanden sind, zu unterrichten und dem Provinzialvorstand darüber Bericht zu erstatten. Mit Segen und Gelang wurde die Versammlung nach dreijähriger Tagung um 2 Uhr geschlossen.

Berufung von Arbeitslosen.

Gestern früh fand im „Volksparke“ eine von 600 bis 700 Arbeitslosen besetzte Versammlung statt. Der Hauptredner Dr. Fischer schilderte die Ursachen der Arbeitslosigkeit und sprach die Hoffnung aus, daß der Magistrat Schritte tun werde die Arbeitslosigkeit zu heben. Der Magistrat beschloß, die für den Frühling festgesetzte Kanalisation sofort ausführen zu lassen. Der nächste Redner war ein Gasarbeiter, der nochmals den jüngsten Gasarbeiterstreik schilderte und darauf hinwies, daß er mit einer Petition an den Magistrat abgewiesen worden sei. Weitere Redner waren bei der Ursache nicht vernehmbar, doch gipfelte die nächsten Reden darin, die Arbeiterhaft habe lange genug ihre Lage in Geduld ertragen, sie müßte etwas Entsetzliches gesehen. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute von zirka 700 Arbeitslosen besetzte Versammlung erklärt sich in den Ausführungen der Genossen Dreßer und Dabes einverstanden und erkennt heute mehr denn je die Notwendigkeit an, die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu stärken. Nur durch Gewerkschaftsorganisationen wird es im heutigen Staate möglich sein, eine einigermaßen notwendige Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter herbeizuführen während eine starke Arbeiterpartei in den Parlamenten auf die Erleichterung entsprechenden Einflusses zum Wohle der Arbeiter ausüben kann. Zum Schluß nehmen die Anwesenden von den leitenden des Magistrats in Aussicht gestellten Arbeiten mit dem Bewußtsein Kenntnis, daß Staatsbediensteten usw. zu Beginn des Winters, nicht aber zu Beginn des Frühjahrs in Angriff genommen werden müßten. Im Anschluß daran wird konstatiert, daß die Stadt Halle bis jetzt noch nichts für die Arbeitslosen getan hat.“

Mit dem Wunsch, sich zu organisieren — denn nur durch Organisation könne den Arbeitern geholfen werden — und mit einem Hoch auf die Arbeiterhaft schloß die Versammlung.

Zwangsvorleistungen. In hiesiger Gerichtsstelle wurden folgende Grundstücke im Wege der Zwangsver-

steigerung öffentlich meistbietend versteigert: 1. Seebenerstraße 51, auf den Namen des Dampfjägermeisters Otto Jurtsch in Wittenberg eingetragen, mit einem jährlichen Nutzungswerte von 2410 M.; Ersteher ist der Holzhändler Eduard Hoffmann hier mit 2917,63 M. — 2. Seebenerstraße 51a, auf den Namen des Vorgeanten eingetragen, zur Gebäuelerne noch nicht veranlagt; Ersteher ist der Privatmann Eduard Seidler hier mit 2924,63 M.

Der Verein ehemaliger Annaburger, der im vergangenen Monat auf ein 27jähriges Bestehen zurückzuführen konnte, hält am Sonnabendabend 8 1/2 Uhr im Vereinslokal „Fremder-Brau“, Al. Märkerstr. 10, seine monatliche Sitzung ab, wozu sämtliche Kameraden sowie ehemalige Annaburger, die noch nicht Mitglieder des Vereins sind, eingeladen werden.

Verein ehemal. Kürassiere. Bei der letzten Versammlung am 8. Februar wurde beschlossen, am 22. Februar eine Versammlung mit Damen im Vereinslokal abzuhalten. Ein gemeinschaftliches Essen soll zur Ehre des ältesten Mitgliedes, das sein 80. Lebensjahr vollendet, stattfinden. Für den Jubilär ist inzwischen von der Unterstützungskasse des Deutschen Kriegervereins ein Geldgeschenk eingegangen, ebenso soll ihm aus der Vereinskasse ein Geschenk übermittelt werden.

Der Gartenbauverein hielt vorgestern seine Generalsversammlung ab. Dem Jahres- und Kassenbericht entsprechend, war ein gutes und zu begehrendes Jahresergebnis zu verzeichnen. Beschlissen wurde, beschreibende Beiträge für alle Sitzungen zu beschaffen und kommenden Sommer Besichtigungen bedeutender Gartenanlagen zu vorzunehmen. In den Vorstand sind folgende Herren gewählt: Herr Prof. Dr. B. Holtheise, 1. Vorsitzender, Herr Gärtnermeister A. Spindler und Herr Direktor Müller, Demnig, dessen Stellvertreter, Herr Kunst- und Handelsrat Dr. D. Sefer, Rattler, Herr Oberlehrer Th. Meinde, 1. Schriftführer, Herr Kunst- und Handelsrat Dr. Lehnardt, 2. Schriftführer, Herr Kunst- und Handelsrat Dr. Wauer und Herr Kaufmann W. Crelag, Bibliothekar. Die Verhandlungen sind im zweiten Diensttag im Monat statt. Gelingen ist der Zutritt gestattet.

Arbeitsverein des Vogt. Bundes Halle-Nord. Wie alljährlich wünscht der Arbeitsverein auch dieses Jahr Ludwig Todtag würdevoll zu begehen durch einen Familienabend am Sonntag den 16. Februar, in der Wittenberg. Den Hauptvortrag hat Herr Superintendent a. D. Böhme übernommen, der über die modernen Sitten reden wird. Dem Jahresbericht wird der Herr Vorsitzende erläutern. Für die Musik ist bestens gesorgt. Zu diesem Abend werden unsere evangelischen Mitglieder freundlichst eingeladen.

Wohnhäuser. Schon wieder wurden gestern Morgen zwei Wohnhäuser von dem Gendarmarie-Mathemeister Geufel bei Wittenberg in der Nähe der Wittenbergischen Anstalt für ihren unglücklichen Hanover überfallen. Zwei große Schränke, eine Anzahl Schmuckstücke und verschiedene andere Sachen fielen dem Raubman in die Hände. Die Namen der Raubgefänger sind bekannt.

Provinzial-Nachrichten.

4. Weiskirchen, 11. Febr. (Kontingenter) richtet hier Graf Wertheim-Weiskirchen seinen Arbeitern ein, um sie zu beschäftigen zu machen. Das Wesentliche des Rentenaufschusses liegt darin, daß man einen Grundbesitz erwerben kann, dessen Kaufpreis, nicht wie gewöhnlich, in einer Rente, sondern in einer Rente besteht — das heißt in einer Zahlung, die von Jahr zu Jahr in gleicher Höhe weiter geleistet wird. Dies ist natürlich für den, der Grundbesitz erwerben will, eine große Erleichterung, denn sehr viele sind nicht im Stande, das zum Ankauf nötige Kapital aufzubringen, das gegenwärtig in der Lage, eine jährliche Abzahlung zu leisten. Dieses Verfahren wird auch durch die Staatsbehörden in jeder Weise gefördert und erleichtert.

§ Völkro, 11. Febr. (Bei der Jagdverpachtung) am Sonnabend und folgende Gebote abgeben worden: Amtmann Müller (Gernitsch) 1250 Mark, Gutsherr Körner (Rädmann) 1150 Mark und Gutsherr Schwarze (Völkro) 1130 Mark.

* Wittenberg, 11. Febr. (Unterhaltung) Beim Postamt hier waren für einen hiesigen Geschäftshaber, der die für ihn bestimmten Einkünfte nicht abholt, zwei Pakete aus Rathenow und Harburg, von deren Abfertigung er benachlässigt war, eingegangen. Da sie ihm nicht ausgehändigt wurden, stellte er Nachforschungen an und erfuhr dabei, daß diese in voriger Woche von einem jungen Mann aus Auerbach, der die für ihn bestimmten Sendungen postlagernd adressieren ließ und ebenso heißt wie der Geschäftsinhaber, abgeholt worden seien. Obgleich der Empfänger, gegen der Strafantrag gestellt ist, beim Öffnen der Pakete erlosch, daß diese nicht für ihn bestimmt waren, behielt er sie für sich und unterließ somit deren Abfertigung.

* Burg, 11. Febr. (Brandstiftung) Unter dem dringenden Verdachte, ein Grundbesitz vorzüglich in Brand gesteckt zu haben, wurde der Schmiedemeister Pappel in Haft genommen. Er hatte hoch verdächtig.

§ Staßfurt, 11. Febr. (Bürgermeisterwahl) In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurde der Bürgermeister Dr. Berger-Alstedt (Eichsen-Weimar) zum Bürgermeister hiesiger Stadt auf eine zwölfjährige Amtsdauer gewählt.

— Sangerhausen, 11. Febr. (Erstakt.) In der Nacht zum Montag ist dem in der Bonifatiusgasse wohnenden Formler C. ein Säugling erstikt.

Dresden, 11. Febr. (Ausfallsturm.) Auf dem 506 Meter hohen höchsten Berge Sühnonners, dem Hohen Sagen, soll ein massiver Ausfallsturm erbaut werden. Die Kosten betragen 8-10 000 M., gelammelt sind bis jetzt etwa 2500 M.

— Bernburg, 11. Febr. (Einen verhängnisvollen Ausgung) hat ein Unfall genommen, denn sich nur einigen Wochen die Frau des Lehrers Götz auf der Straße zu Fuß. Sie stürzte bei der Unterfahrt vor der Karleskirche auf den Pflaster und erlitt einen komplizierten Beinbruch. Vorgelesen ist die Frau nach schmerzhaftem Kranklager an den Folgen dieses Sturzes gestorben. Der Chemann der Verstorbenen hat bei dem Wirtshausbesitzer Schadenerschaftsprüche eingereicht, da, wie er behauptet, auf der Unfallstelle kein Sand gestreut gewesen sei.

— Braunschweig, 12. Febr. (Einwohnerzahl) Nach Ermittlung der städtischen Statistik-Stelle betrug Ende Dezember 1907 die Einwohnerzahl unserer Stadt 140 038.

Grund i. S. 10. Febr. (Mischpreisbildung) Die Viehhändler unserer Gegend haben beschlossen, den Preis für einen Liter Milch vom 1. März ab von 20 auf 25 Pfa. zu erhöhen.



Kunst und Wissenschaft.

Richard Wagner und Friedrich Heibel. Wenn die Persönlichkeit und Kunst Richard Wagners an seinen 25. Todestage, dem 17. Februar, zu gedenken ist, so verdient die Gedächtnisrede vor die Augen tritt, so mag nicht auch das Urteil besondere Aufmerksamkeit erregen, das der große gleichzeitige neben ihm schaffende Dramatiker Friedrich Heibel über sein Werk wie seine Theorien gefaßt hat. Ist doch Heibel der einzige, dem es gelungen ist, neben den Mühsalrichtungen Wagners ein unter ganz anderen Bedingungen geschaffenes Drama, gleichwohl in der Vollendung der Kunst des Strebens und in der Reife der Anschauungen mit dem Hauptmeister vergleichen läßt und ebenfalls aus dem Quell des germanischen Mythos den Stoff für ein großes Werk geschöpft hat. Nachdem Heibel in Wien den ersten Akt des *Lohegrün* geschrieben, schreibt er an Wagners Freundin, die Fürstin Wittgenstein, daß er bestimmt, nach der Fertigstellung der *Waldenbewohner* nachträglich gegreifen zu sein. Aber er legt sich gleich mit dem Textschreiber auseinander. Der Text sei, wenn man das Verhältnis zur Musik im Auge behalte, „gewiß einer der allerortrefflichsten, aber die Aufgabe des Dramas löst er nicht, an er auflöst.“ In dem Augenblicke, wo Wagners *Elfa* das Fragen verliert, verliere sie sich für jeden noch selbst, doch sie fragen nicht. Der Dichter müßte aber aus ihrer Frage etwas ganz anderes als den Tod für sie resultieren lassen, wenn er nicht der Trivialität verfallen wollte, er dürfte auch das Verbot selbst nicht und motlos hinstellen, sondern Verwundung und Auflösung müßten unendlich gefeilter und in gleichem Maße der Ausdruck in ständige Fortsetzung werden. Der Wagnersche Heibel die folgenden Stellen im Aufsatz die Epäre so und nicht anders abgrenzt. 1853 war Wagners Buch *„Oper und Drama“* erschienen. Im März besahen Wagner und Heibel bei Heibel, wenn er auch Richard Wagner, der das ganze Drama in Musik auflösen wollte, existieren entgegenstehen müßte, so wäre er doch längst gesagt, daß man die Musik in denjenigen Momenten, wo eine Mission beabsichtigt werden sollte, mit Erfolg zu Hilfe rufen könne. Darauf habe er schon gerechnet, als er die ersten Szenen des *Walden* in Rom entwarf. Und im Juni 1853 schreibt Heibel an Robert Schumann, mit dem er seit seiner „Götteroper“ in hiesigem Verkehr stand, und dessen Kompositionen er „betend“ und „von sich selbst“ als „guter“ und „guter“ rühmt, in einem ausführlichen Briefe die folgenden Stellen im Aufsatz an *Oper und Drama*: „Ohne Richard Wagners Buch im Auge zu haben, im einzelnen irgend abgelehnt zu können, läßt sich doch auch mit, und zwar von meinem ersten Auftreten an, die Möglichkeit einer Verschmelzung von Oper und Drama in ganz bestimmten Fällen vor, und meinem Wollen, an dem ich seit zehn Jahren arbeite, habe ich immer in Bezug auf die Musik gedacht.“ Nach zehn Jahre später nennt er Wagners Theorie lächerlich; aber auch hier wieder erkennt er Wichtiges bei ihr an: richtig nämlich ist, daß die Oper ihre Stoffe immer aus der Mythologie nehmen sollte; wenn ein Schwanenritter steigt, wird sich niemand wundern, denn ein Mensch, der den Degen auf dem Rücken eines Bogens durch die Luft fliegen sieht, wird nicht als Wunder angesehen, herbe, wie in der unrichtigen; aber wenn ein Ritter sich in Roubalen erschöpft, während er einen Vertragstrakt zu Papier bringt, stellt uns ein Widerspruch entgegen, den wir uns nur dadurch erträglich machen, daß wir uns bemühen, das Ganze über das Einzelne zu verpacken und also auf die höchste Wirkung der Kunst, die amgelehrt alles Einzelne ins Ganze aufzulösen will, verzichten. Zum Schluß legt noch an die Worte erinnern, mit denen Heibel eine Zusammenfassung seines Schaffens mit dem Richard Wagners, die sich in einer Abhandlung Woff Strodtmanns fand, zurückweist. „Ich war, als ich auftrat, weit davon entfernt, ein neues Evangelium zu predigen; ich wollte das alte aus Sophokles und Schiller neu gefaßt, wie seine Rechte einleiten. Er hatte aber eine Kunsttheorie ausgesprochen, die mich zum Widerspruch mit der großen Bergangehörigkeit fand, die das Wesen der Kunst selbst vernichtet und ohne Frage nur das eigene Gefühl, den Mangel an Melodien, dessen Folge.“ Wagners Anschauungen hat Heibel nicht niedrig einschätzt und mit dem Ausdruck „Kunsttheorie“ besetzt. Dadurch wird eine Erzählung des Dichters selbst in der *Walden*, welche die Worte des der Gedichtschreiber des Dramas und vergebene Dramatiker *W. O. Klein* in einer Gesellschaft von Hans von Bülow mit dem Richard Wagner? Die müssen Sie bewundern, ich lasse, Sie müssen, das ist zum Überdauern und Aufhören.“ „Ich antwortete“, fährt Heibel fort: „Sie sind der Mann nicht, der mit mir schreiben hat, was ich bewundern soll“, lehnte ihm den Rücken zu und ließ mich von der Hausfrau mit den Göttern bekannt machen.“

Ein neue Bandelire-Antilogie wird in den nächsten Tagen unter dem Titel der bedeutendsten Gedichtsammlung des französischen Vortrefflichen *„Die Blumen des Bösen“* im Verlage Oetelherd & Co., Berlin, erscheinen. Neben bekannten Hebräerungen enthält das Werk Überlegungen aus dem Manuskript, von denen die Otto Paulsen, Richard Schuler, Friedrich Schörrer genannt seien. Der *„Tod der Liebenden“* (La mort des amants) lautet in der Übersetzung von Horat:

Wir werden butterflüchtige Betten haben,
Und Lagerstätten, wie das Gras so tief,
Und keine Blumen blühen uns zu loben,
Die fremder Himmelslicht ins Leben rief.
Und unsre Herzen werden Fäden sein,
Die in dem letzten leuchtenden Verflammen
Der Zimmerkerzen, die hellen Wimpern
Zum Doppelspiegel unter Göttern leuchten.
Im Abend, wenn wir abschiedslosend beben,
Die Erde ganz in blauem Blute ruht —
Da tauchen wir den allerersten Strahl.
Dann aber tritt ein Engel in den Saal,
Die blinde Siegel und die tote Luft
Aufs neue, wunderherrlich zu beleben.“

Wermischtes.

Münzen und Medaillen-Vergeltung. Am 2. März gelangt bei dem Experten Joseph Hamburger in Frankfurt a. M. die große Sammlung deutscher und österreichischer Münzen und Medaillen von Dr. Krammer zum Versteigerung. Sie umfaßt 4000 Nummern, ausschließlich Gold und Silber, viele Seltenheiten 1. Ranges, auch solche Anleiheformen wie solche Keniafien sowie eine Serie von Münzen-Medaillen wie solche bisher noch nie am Markt gesehen. Die lässliche und thüringische Abteilung, einschließlich Neuk. Schwaburg und Anhalt enthält viele Seltenheiten 1. Ranges, ca. 1500 Nummern.

Ein eigenartiger Fall von Kindesauslösung wird aus Rumänien berichtet. Ein 10-jähriges Kind wurde im vorigen Jahre in der Nähe der Stadt Iasi, in dem ihm angesetzt wurde, daß die Braut seines Vaters die zukünftige Schwägerin sein sollte. Gleichzeitig mit dem Kind wurde ein Koffer mit einem Koffer abgeholt. Pünktlich war der Wagen zur Stelle. Dem einlaufenden Zuge entstieg eine elegant gekleidete junge Dame, die sich als die erwartete Braut vorstellte. Sie wurde von dem Koffer und eine große Kiste mit Bekleidung der Dame, auf das Fahrzeug gebracht. Die Braut eilte aber noch einmal zum Zuge zurück, unter dem Vorwande, noch etwas aus dem Koffer zu holen. Inzwischen hatte der Zug die Station wieder verlassen, aber von der angelegenen Braut war nichts mehr zu sehen. Der zukünftige Schwägerin wurde mitgebracht, das Kind, die Braut, zu einem anderen Zuge. Die Braut kam nicht, man weiß nicht, ob sie sich in dem Koffer nicht heimlich genuss aus dem Abteil herausgenommen und habe unter dem Namen der Mutter auftreten müssen. Untermwegs hätte nur der Aderläufer pünktlich eigentümliche Leute aus der Kiste herabdrängen. Er öffnete sie und fand darin zu seinem nicht geringen Erstaunen ein etwa 6 Wochen altes Kind. Das kleine Waise wurde zur

Waise genommen, was er unter dem Vorwande gab. Die Nachrichten von der Mutter des Kindes sind bis jetzt resultatlos verlaufen.

Die Entdeckung einer Mordtat wird aus Stuttgart gemeldet. Dort wurde gestern Morgen die 69jährige Heilungsgemeinistin Christine Silber in der Straße 61 mit einem Stein im Gesicht ermordet aufgefunden. Die Tat war von außer Verdacht. Der Schläger lag auf der Schwelle. Die Mordtat ist im Augenblicke noch nicht aufgeklärt. Die Mordtat wurde als ein eigenartiges altes Räuberspiel gedeutet; es fiel daher gestern Abend nicht weiter auf, als die Tat auf wiederholtes Klopfen nicht geöffnet wurde.

Der eheleiche Fieber wird allgemein die Eisenbahndirektion Augsburg erklärt in der Beilage zum „Berliner Anzeiger“ Nr. 11 folgenden Aufsatz: „In Neu-Ulm fehlen seit längerer Zeit die dortigen Eisenbahnen, die von Augsburg nach München und in Richtung der Stadt Augsburg sind. Die Eisenbahnen sind unermüdet zu forschen; beim Betreten sind dieselben sofort der Stadt Neu-Ulm wegen Kempten zu schließen.“ — Dazu bemerkt die „M. N.“ launig: „Man darf wohl mäßiglich davon warnen, diese Wagen zu — betreten; denn diese Eisenbahnen sind im Augenblicke in einem sehr schlechten Zustande. Die Eisenbahnen sind unermüdet zu forschen; beim Betreten sind dieselben sofort der Stadt Neu-Ulm wegen Kempten zu schließen.“ — Dazu bemerkt die „M. N.“ launig: „Man darf wohl mäßiglich davon warnen, diese Wagen zu — betreten; denn diese Eisenbahnen sind im Augenblicke in einem sehr schlechten Zustande.“

Die Spaltung des Collin-Diamanten, die erst in den nächsten Tagen erwartet wurde, ist dem „Tag“ zufolge bereits am Montag vollzogen worden und glänzend gelungen. König Edward wurde sofort benachrichtigt. Die Edelsteine werden nunmehr aufbewahrt, welche Form der Diamant erhalten soll.

Das Recht auf Schönheit. In Verona hatte ein Bürger die Falsche an seinem Hause verfertigt, die zwar durch ihre Arbeit sich auszeichnete, aber nicht zu dem Haatlich als unerschaffen verzeichneten Kunstgegenständen gehörte. Der Mann wurde wegen dieses Verkaufs verurteilt und in mehreren Instanzen verurteilt. Das Appellgericht erklärte, das Publikum habe eine Art Recht auf den Anblick dieser schönen Falsche erworben.

Ein Mann, der seine Frau für sich liebt will. Vor dem Wiener Bezirksgericht spielte sich dieser Tage ein überaus komischer Fall ab. Das Ehepaar Poppi war wegen Erbschaftsangelegenheiten in eine gerichtliche Verhandlung gezogen worden. Der Mann war dem Gerichtshof und erklärte: „Ich bitt“, wir haben aber kein Geld, wir können nicht zahlen.“ Präsident: „Dann müssen Sie und Ihre Frau 24 Stunden abhören.“ Der Mann macht ein verlegenes Gesicht, denn meint er treuherzig: „Ich bitt“, ich hab' keine Zeit. Können nicht meine Frau die Straf für mich abhören?“ Schallende Heiterkeit. Nach erhaltenen Aufführung, daß eine solche Vertretung nicht zulässig sei, schüttelt der Mann den Kopf und geht mit den Worten: „Da hab' ich mich zu früh gezeit“ mit seiner Ehehälfte ab.

Eine halbe Million unter dem Balken. Bei dem Umbau des großstädtischen Posaadenspalais in Kaschau wurde unter einem Balken eine in alte Zeiten gefüllte Goldschachtel gefunden, in der sich Wertpapiere im Betrage von einer halben Million Kronen befanden. Eine der aufgefundenen Eisenbahnobligationen ist auf den Namen Madame Fanni Bode ausgestellt. Wie alsbald festgestellt werden konnte, war diese Dame die Gattin des Barons Bode, der in den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts den Posten des Präsidenten des Statthalteramtes in Kaschau bekleidete. Der Herr Bode war ein sehr wohlhabender Mann, der die Oberstaatsanwaltschaft befordern nun jene Personen, die Anspruch auf den Fund zu haben glauben, auf sich selbst zu wenden, mitgeteilt die Wertpapiere teils dem jetzigen Hauseigentümer, teils dem Staate ausgehändigt werden werden.

Der schwarze Deputierte. Man schreibt der „A. Z. am Mittag“ aus Paris: „Reber kennt jetzt im Hause der französischen Abgeordneten im Palais Bourbon, dem Vertreter der schwarzen Deputierten von Gouzeloune. Dieser parlamentarische Reber ist noch nicht lange in Paris. Er hat alle Sitzungen der Kammer geschminkt. Seine Kollegen von der Rechten und von der Linken lehnten sich danach, daß sein verächtliches Haupt endlich im Saal erscheine, und als Herr Legitimist dann endlich zur Sitzung kam, wurde er sehr frühzeitig begrüßt. Er hat so populäre wie Jaurès und Clemenceau. Aber die Herrlichkeit wird wohl nicht lange dauern. Denn der Staatsanwalt will dahintergekommen sein, daß Herr Legitimist auf etwas trümmern Wege sein Mandat erhalten hat. Er soll nämlich in der Heimat die Stimmen, die zu seiner Wahl fehlten, als eigene Wahlvollkommenheit hinzugefügt haben. Man nennt solche Art einen Wahlbetrug. Herr Legitimist ist nun aber als Abgeordneter immunit. So kann ihm der Staatsanwalt nach dem Wortlaut des Gesetzes nicht verfolgen, obwohl Herr Legitimist sich durch eine Unrechtheit die Immunität des Mandats erworben hat. Es bedarf da großer Heftigkeitshandlungen, um Herrn Legitimist aus dem Palais Bourbon herauszuführen.“

Seine Nachrichten. Auf dem Schiffe Prokavia bei Tepek-Schabau ereignete sich eine Deckerstürze, wodurch zwei Bergleute getötet wurden. — In der Kampfen Kabrit in Nibel ist eine Teignemaschine einer jugendlichen Arbeiterin in der Kapfa b. — Die wegen Ermordung in Monte Carlo am 4. Dezember zum Tode verurteilte Frau Goud ist zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt worden. — Der Dampfer „Virginia“ der Hamburg-Amerika-Linie stieß im Kanal mit einer Bark zu sammen. Die Laster. Die Mannschaft wurde von der „Virginia“ gerettet, die unbeschädigt geblieben ist. — Im Taunus wurde eine fünfjährige, aus jungen Burschen bestehende Räuberbande verhaftet. — Bei Madenstein (Rheinland) wurde die Tochter eines Wärders von einem Unbekannten überfallen, der ihr eine Drahtschlinge über den Kopf warf und darauf ins Gefäß zog. Es gelang dem Mädchen, sich zu befreien, nachdem sie dem Mann fünf Mark gegeben hatte.

Was ein Briefmarken-Kollektor. Der neunjährige A. Lommi — er heißt die „Tät. Rundsch.“ — zu seiner Mutter gehörten: „Mutti, ich habe ich eine uralte Marke gefressen, die hat Vater von einem Brief abgemacht, den du ihm als Braut geschrieben hast... nicht wahr, Mutti, das war doch noch vor Tann und Targ?“

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Zur Marotto-Angelegenheit.
Langer, 12. Febr. Ein am 9. d. M. aus Nagazan abgefasster Brief enthält die Nachricht, daß die hortigen Truppen des Sultans Abdul Asis die an der Küste gelegene Ortshaus von Marotto und die dort umwohnenden Bevölkerung, die in der Nähe von Marotto wohnt, besetzt haben. Es ist noch keine Nachricht darüber eingegangen, ob die Truppen bei dieser Gelegenheit Widerstand gefunden haben.

Madrid, 12. Febr. Der Minister des Aeußeren erklärte, Spanien habe seitens Frankreichs keine Note über Marotto erhalten, wie das von gewissen Zeitungen behauptet worden ist.

Madrid, 12. Febr. „Imparcial“ sagt in einer Besprechung des Vorgehens Frankreichs in Marotto, daß dieses keineswegs durch die Note von Marotto als gerechtfertigt halte. Die Parolmarotte Frankreichs würde immer mehr den Haß der Marottoer erregen. Das Verhalten Frankreichs habe gezeigt, daß durch die Note von Marotto die marokkanische Frage nicht gelöst werden könne. Rein Artikel habe zur Durchführung gebracht werden können. Daher komme das Gefühl, daß eine neue Zusammenkunft dringend notwendig sei, um das Eingreifen Europas in Nordafrika genau festzusetzen. „Imparcial“ weist darauf hin, daß die Rechte Spaniens und Frankreichs sich keineswegs deckten. Spanien wolle nur in Frieden leben mit der Bevölkerung, die an seine marokkanische Küste angrenze, beschäftige aber durchaus nicht, seinen Einfluß durch politische Abenteuer zu vermehren. „Libertad“ begrüßte die Ministerpräsidenten Moura, daß er den Anforderungen Frankreichs, wenn sie wirklich ergangen seien, nicht gefolgt sei. Wenn eine solche Note Frankreichs vorbanden wäre, würde sie die auseinandergehenden Ansichten der beiden Länder bestätigen. Für die Signatarmächte der Algeciras sei der Zeitpunkt gekommen, festzustellen, wer von Frankreich und Spanien die Bestimmungen besser beobachtet habe.

Eisenbahnfrevel aus Eigenmuth.
Breslau, 12. Febr. Der Gastwirt Darbenne, einer der bei dem Eisenbahnfrevel die Spa verletzten Passagiere, der durch seine Auslagen Veracht erwiderte, daß er zu dem Eisenbahnfrevel in Beziehung gethan habe, hat sich erschossen. Eine bei ihm vorgenommene Hausdurchsuchung ließ den Veracht gerechtfertigt erscheinen. Darbenne besitzte den Zug auf einer etwa 400 Meter von der Unfallstelle entfernten Station. Vor kurzem hatte der Mann als Entschädigung für einen kleinen Eisenbahnfrevel 400 Frs. erhalten. Er hoffte vermutlich, bei der zu erwartenden Zugentgleisung eine Verlegung zu erhalten, die ihm Anspruch auf eine große Entschädigung verliehen würde.

Die Engländer und ihre Marine.
London, 12. Febr. Die Frottenliga fordert im Hinblick darauf, daß über hundert Parlamentsmitglieder eine weitere Herabsetzung des Marinebudgets befürworteten, in einem offenen Briefe alle diejenigen, denen das Wohl des Landes am Herzen liege, auf, gemeinsam gegen ein derartiges Verlangen Front zu machen, das gefährlich und unparitätisch sei.

Vertretung der englischen Frauenstimmrechtlerinnen.
London, 12. Febr. Die gestern verhafteten Anhängerinnen des Frauenstimmrechts wurden heute vom Polizeigewalt in Westminster zu Geldstrafen ab 6 Wochen fast verurteilt. 45 nahmen die Haftstrafe auf sich, die übrigen wurden nach Erlegung der Geldbuße entlassen.

Eröffnung des finnischen Landtags.
Helsingfors, 12. Febr. Die ordentliche Session des Landtags wurde heute eröffnet. Der Generalgouverneur hielt die Reden vor dem Landtag im Namen seines Souveräns willkommen. Der Präsident antwortete in finnischer Sprache und sagte, das finnische Volk erwarde ungeduldig die Verwirklichung der Reformen, und hoffe, daß diese zur friedlichen Entwicklung des Landes beitragen werden.

Mit dem Automobil von New York nach Paris.
New York, 12. Febr. Heute vormittag traten 6 Autos mobile die Weltfahrt nach Paris über die Bergstraße in Gegenwart einer zahlreichen Menschenmenge an.

Berlin, 12. Febr. Dem „Militär-Wochenblatt“ zufolge wurde dem Generalleutnant von Hausmann, Kommandeur der 16. Division, in Genehmigung seines Abschiedsgeldes und unter Verleihung des Charakters als General der Kavallerie zur Disposition gestellt.

Berlin, 12. Febr. Der älteste deutsche Schauspieler, Käst, ist im 92. Lebensjahr gestorben.

Rom, 12. Febr. In der heutigen Sitzung des Staatsgerichtshofes wurden die Zeugen Virgilio und Katoli zu der Frage vernommen, ob der Angeklagte Lombardo auf Nafis Kat oder aus eigenem Antrieb Italien verlassen habe. Nafis Verteidiger will beweisen, daß Lombardo aus eigenem Antrieb Italien verlassen habe, während Lombardos Verteidiger nachweisen will, daß dies auf den Rat Nafis geschehen ist. Das Verhör gestaltete sich sehr dramatisch und ließ eine Trennung der Verhandlungssitzung der beiden Verteidiger erkennen. Nach der Aussage des Zeugen Virgilio ist Lombardo auf Nafis Kat abgereist, nach der Aussage Katolis hatte Nafis mit der Abreise Lombardos nichts zu tun. Die Verhandlung wurde auf nächsten Dienstag vertagt. Es bleibt nur noch ein Zeuge, dessen Vernehmung am Dienstag erfolgen wird.

London, 12. Febr. Der Deutsche von Bekheim, der von dem Mitgliede der Johannesburger Firma Barnats Brothens, Salomon Wolf, für 12.000 Pfund Sterling unter der Drohung ihm im Wägenwerk zu töten, verlangt hatte, wurde heute zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Von Bekheim hatte im Jahre 1898 in Johannesburg den Bruder Salomon Wolfs, Wolf Wolf, nach mehreren Bitten um Geld, erschossen. Von Bekheim erzählte vor Gericht, es habe 1896 zwischen ihm und dem Chef der Firma Barnats Brothens eine geheime Verbindung bestanden, um den Präsidenten Krüger durch Ausrüstung einer Revolution zu entfernen.

Wissau, 12. Febr. Der König empfing bereits Anordnungen einiger Wägenwerke Vereine in privater Audienz, die ihn ihrer Unabhängigkeit versicherten. Der König machte den besten Eindruck auf alle.

Philadelphia, 12. Febr. Auf Eruchen des deutschen Konsulats erfolgte die Verhaftung eines gewissen Karl Rapp, der an Deutschland ausgeliefert werden soll. Rapp wird einer 1898 in New York eingegangenen Brandstiftung beschuldigt.

Rairo, 12. Febr. Kriegsminister v. Einem ist heute hier eingetroffen.

Leitung: Otto Sonne.
Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Erik Wilmann.
Verantwortlich für den literarischen Teil: Dr. Erik Wilmann.
Verantwortlich für den künstlerischen Teil: Dr. Erik Wilmann.
Verantwortlich für den wissenschaftlichen Teil: Dr. Erik Wilmann.
Verantwortlich für den administrativen Teil: Dr. Erik Wilmann.
Verantwortlich für den technischen Teil: Dr. Erik Wilmann.
Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. Erik Wilmann.
Verantwortlich für den drucktechnischen Teil: Dr. Erik Wilmann.
Verantwortlich für den buchhändlerischen Teil: Dr. Erik Wilmann.
Verantwortlich für den verlagsrechtlichen Teil: Dr. Erik Wilmann.
Verantwortlich für den verlagswirtschaftlichen Teil: Dr. Erik Wilmann.
Verantwortlich für den verlagsrechtlichen Teil: Dr. Erik Wilmann.
Verantwortlich für den verlagswirtschaftlichen Teil: Dr. Erik Wilmann.



Berliner Börse, 2. Feb. 1928

Main table containing stock market data for various companies and sectors, including columns for company names, stock types, and prices.